

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrter Herr Landrat,  
sehr geehrte Damen und Herren, liebe Gäste,

"Freiheit bedeutet, dass man nicht unbedingt alles so machen muss wie andere Menschen." (Astrid Lindgren). Deswegen hatte ich mir in diesem Jahr fest vorgenommen, in der Rede zum Haushalt nur Positives zu besprechen. Fast wäre das gelungen. Warum es nur bei dem „Fast“ bleibt, möchte ich gerne erklären.

Für den Kreis Minden-Lübbecke hat sich die finanzpolitische Ausgangslage aufgrund der günstigen Konjunktur und landes- und bundespolitischer Entwicklungen deutlich verbessert. Aber nach wie vor bestehen ungelöste Probleme und Risiken, denn viele finanzielle Verbesserungen gehen im Fall eines kräftigen Konjunkturabschwungs schnell wieder verloren. Bundespolitische Maßnahmen sind erforderlich, um die Kommunen vor den negativen Folgen von Konjunkturschwankungen abzusichern. Hierzu zählen höhere Kostenübernahmen bei den Sozialleistungen, spürbare Steueranpassungen und Steuergerechtigkeit zur Sicherung der kommunalen Handlungsfähigkeit.

Mit dem im Oktober eingebrachten Haushaltsentwurf für 2018 sollte die Kreisumlage zunächst auf 37,65 % gesenkt werden bei einem dennoch beachtlichen Mitnahmeeffekt. Schon während der Haushaltsberatungen kristallisierte sich eine weitere Senkung der Kreisumlage heraus aufgrund der Modellrechnungen und der ebenfalls gesunkenen LWL-Umlage. Das erlaubte eine Reduzierung auf 37,06%.

Im Rahmen des Rücksichtnahmegebots gegenüber den Städten und Gemeinden und um deren Forderungen entgegen kommen zu können wurden von der Kämmerei entsprechende Minderaufwendungen in den verschiedenen Haushaltsbereichen eingestellt.

Nun haben die großen Fraktionen in ihrer Haushaltsklausur mit der Verwaltung weitere Minderaufwendungen eingeplant. Und so wird es wohl auch kommen in Anbetracht der Mehrheitsverhältnisse im Kreistag.

Ich sage Ihnen jetzt mal, wie das wirkt: da hat die Verwaltung selber oder im Auftrag des Landrats mitgedacht und ist der Politik zuvorgekommen! Das lässt man ja nicht so ganz gerne auf sich sitzen, weil – und das sehe ich genauso – die Politik als Vertreterin der Bürgerinnen und Bürger solche Entscheidungen trifft.

Wie das allerdings hier gelaufen ist, befremdet die Linke. Die einzelnen Minderaufwendungen gab es erst kurz vor knapp als gesamte Liste und in den jeweils letzten Ausschusssitzungen wurden diese nur sehr allgemein und pauschal dargestellt. Dezidiert ausformulierte begründete

Anträge fehlen völlig. Parteiübergreifender Konsens sieht anders aus. Den brauchen Sie auch nicht, das ist mir schon klar.

Die Linke kann dem Haushalt 2018 nicht zustimmen.

Dass z.B. die geplante Einsparung von 500 000 € im Bereich der Kosten der Unterkunft sich nicht unmittelbar auswirken, weil die entstehenden tatsächlichen Kosten für die Betroffenen sowieso übernommen werden müssen, ist ein Beispiel für ein eher ritualisiertes Prozedere.

Aber neben Minderaufwendungen gibt es auch finanzielle Unterstützung, z.B. im Bereich Sport oder bei der Schwangerschaftskonfliktberatung. Finden wir alles wichtig und richtig.

So hätte man auch im Bereich der familienentlastende Dienste die vom Kreis finanzierten Stundensätze weiter erhöhen können als es der Fall ist, zum einen damit die Aufgaben dort besser erledigt werden können und zum anderen, damit dort endlich Tariflöhne gezahlt werden können. Das überhaupt mit einem Träger Verträge geschlossen werden, der erst gar keinen Tarifvertrag anwendet, haben wir stark kritisiert. Gerade hier ist die öffentliche Hand in der Verpflichtung.

Kritisch begleitet wird auch die Umsetzung der im letzten Jahr beschlossenen Redelelegation. Entscheidend ist für uns, dass betroffene Menschen, die im Leistungsbezug stehen, keine Nachteile haben, wenn sie zukünftig in vielen Gemeinden nur mit Sprechzeiten auskommen müssen.

Auf Seiten der Beschäftigten, die nun zum Kreis wechseln bzw. schon gewechselt haben, wird sich noch zeigen, ob die Berechnung 110 Fälle pro Mitarbeiter auskömmlich ist oder man ggf doch noch bei der Besetzung nachsteuern muss.

Damit sind wir beim Stellenplan 2018, dem wir dieses Mal zustimmen können. Den Stellenaufbau können wir nachvollziehen. An dieser Stelle danke ich im Namen der Gruppe Die Linke allen Beschäftigten des Kreises für deren Arbeit und besonders Frau Wöhrmann für ihre Geduld mit mir.

Wie jedes Jahr an dieser Stelle: den Beschäftigten der Mühlenkreiskliniken wird auch immer nett gedankt, davon – den Dankeschöns - hat man einen ganzen Schrank voll, das kann ich Ihnen sagen! Hier hat man erkannt, dass gegen den Fachkräftemangel in der Pflege etwas getan werden muss. Den gibt es seit Jahren, ganz besonders stark spürbar im ambulanten und stationären Pflegebereich. In der Akutversorgung ist der Fachkräftemangel auch schon seit einigen Jahren angekommen, aber nun endlich mal öffentlich in aller Munde.

Darum beschäftigt sich der Sozial- und Gesundheitsausschuss mit dem Thema Pflege ganz intensiv und hat Handlungsschwerpunkte definiert. Aus unserer Sicht muss in 2018 besonders das Thema der Fachkraftsituation bearbeitet werden. Es ist ein wichtiges kommunalpolitisches Thema, denn wie wollen wir unsere pflegebedürftigen Menschen in der Zukunft versorgt wissen? Wie wollen wir selbst alt werden, wie wollen wir dann leben? Was verstehen wir eigentlich unter Pflege (eine sehr spannende Frage im Übrigen)?

Bei den Investitionen des Kreises in die Kreisleitstelle, das Feuerwehrtechnische Zentrum, die Wache in Hille, die Straßensanierung und den Breitbandausbau sind keine nachträglichen Kürzungen vorgenommen worden. Das ist gut so.

Denn: Kürzen ist kein Haushaltskonzept. Eine Kommune ist keine schwäbische Hausfrau. Und sie ist auch kein Wirtschaftsunternehmen. Sie ist Teil der staatlichen Infrastruktur. Sicher müssen wir zusehen, dass unsere Gelder zielgerichtet eingesetzt werden. Bei jeder einzelnen Maßnahme müssen wir uns fragen, ob das so vernünftig ist. Aber wenn die Antwort „Ja“ lautet, dann muss die Ausgabe auch getätigt werden.

Sozialpolitik ist teuer, aber die Folgen unterlassener Sozialpolitik kosten erheblich mehr.

Deshalb ist die Gegenüberstellung von Sozialausgaben und Investitionsausgaben unsinnig: Beides sind Ausgaben für die künftige Sicherung der Lebensqualität und der wirtschaftlichen Entwicklung in den Kommunen.

Vor diesem Hintergrund sage ich Ihnen zum Schluss: Eine elementar wichtige Aufgabe ist die Integration der Flüchtlinge. Und das darf nicht nur eine Pflichtaufgabe sein, sondern muss durch die Zuweisung der benötigten Mittel finanziell selbstverständlich möglich sein.

Auch um Rechtspopulismus die Grundlage zu entziehen. Denn das Auspielen der Interessen von Bedürftigen und Geflüchteten durch diese politischen Ideologien machen Programme wie „NRWelftoffen“ erforderlich.

Wir finden es sehr gut, dass der Kreis Minden-Lübbecke daran beteiligt ist und hoffen, dass daraus vielfältige Netzwerke und eine gute Bewegung entstehen, um die unterschiedlichen Aktivitäten zu bündeln. Und das der Kreis Minden-Lübbecke auskömmliche Mittel erhält, um den Aufgaben der Integration nachkommen zu können.

Mein letzter Satz: ein großes Geschenk auf Erden ist Zeit und Aufmerksamkeit. Vielen Dank dafür und ein frohes Weihnachtsfest und gesundes Neues Jahr.